

Resolution

Mahnungen und Forderungen an die Koalitionäre von SPD und CDU

Die Vertreterversammlung 2017 des Philologenverbandes Niedersachsen wendet sich mit einem eindringlichen Appell an die Koalitionäre von SPD und CDU, in der Schul- und Bildungspolitik einen durchgreifenden Kurswechsel vorzunehmen und ihre selbst erklärten Zielsetzungen ernst zu nehmen, Niedersachsen voranbringen zu wollen.

Die Delegierten unterstreichen, dass der von Rot-Grün durch Senkung der schulischen Anforderungen gezielt betriebene Leistungsabbau umgehend beendet werden und in allen Schulformen eine Form von Bildung wieder hergestellt werden muss, die das Land seinen Schülerinnen und Schülern schuldet.

Bei den Koalitionsverhandlungen um eine leistungsfähige Schule ist es daher erforderlich, sich nicht von dem vielfach zitierten Satz leiten zu lassen, dass es in der Schulpolitik nicht um Schulstrukturen gehe. Die Schulstruktur eines Schulwesens und die Unterrichtsorganisation sind nach Auffassung der Delegierten keineswegs zweitrangig, denn der Bildungserfolg hängt erwiesenermaßen auch und nicht zuletzt von der Schulstruktur, von der Organisation und dem ministeriell vorgegebenen Anspruchsniveau ab.

Um ihrem Appell Nachdruck zu verleihen und die dringende Notwendigkeit von Veränderungen zu unterstreichen, erinnern die Delegierten daran, dass von der bisherigen Landesregierung u.a.

- die verbindliche Notengebung in der Grundschule abgeschafft wurde,
- die Schullaufbahnpflicht nach der Grundschule gestrichen wurde, was zeigt, dass das Land für den Besuch des Gymnasiums keine besondere Eignung mehr für erforderlich hielt,
- die Versetzung nach Klasse 5 und 6 der Oberschule abgeschafft wurde bzw. nicht mehr vorgeschrieben ist, auch im Gymnasialzweig,
- die Inklusion übereilt und ohne hinreichende organisatorische und personelle Grundlagen eher aus ideologischen als aus sachlichen Gründen eingeführt wurde,
- Förderschulen zugleich gegen den Widerstand der Eltern bereits abgeschafft wurden bzw. abgeschafft werden sollten,
- die Verpflichtung zur zweiten Fremdsprache in der Einführungsphase des Gymnasiums abgeschafft und auch mit weiteren Änderungen von Vorschriften für die gymnasiale Oberstufe der Leistungsabbau vorangetrieben wurde,
- die Anforderungen an die Fachhochschulreife deutlich herabgesetzt wurden.

Die Delegierten appellieren daher an die Koalitionäre, diese und andere Fehlentwicklungen umgehend zu korrigieren, um im Interesse der Schülerinnen und Schüler sowie der Gesellschaft eine bestmögliche Bildung mit hohem Anspruch zu gewährleisten. Zur Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit unserer Schulen ist es erforderlich, dass

- Grundlage für alle Lernprozesse Inhalte und eine solide Wissensvermittlung sind und die alleinige Ausrichtung des Unterricht auf sog. Kompetenzerwerb aufgegeben wird,

- im Gymnasium die Kürzungen in den MINT-Fächern - im Vergleich zum früheren G9 – wieder zurückgenommen werden,
- in der Einführungsphase eine zweite Fremdsprache für alle Schüler wieder verbindlich gemacht wird,
- in der Oberstufe die Kürzung der Zahl der Klausuren sowie die Einführung einer Präsentationsprüfung zurückgenommen werden,
- Schulnoten und Versetzungen erhalten bzw. wieder eingeführt werden,
- an den Grundschulen wieder eine aussagkräftige Laufbahneempfehlung nach Klasse 4 erfolgt,
- in der Grundschule das unsägliche „Schreiben nach Gehör“ beendet wird.

Schulstrukturen und Lehrerbildung sind seit jeher aufeinander bezogen. Wer die Lehrerbildung verändert, der will Organisation und Struktur des Schulwesens verändern. Wer demnach die Lehrerbildung ändern und eine Stufenlehrausbildung einführen will, der will auch die Schulstrukturen dementsprechend verändern. Diese Zielsetzungen lehnt die Vertreterversammlung ausdrücklich ab und fordert von den Koalitionären ein klares und unmissverständliches Bekenntnis zu einer Lehrerbildung nach Schulformen und damit insbesondere auch eine eigenständige gymnasiale Lehrerausbildung.

Dringende Korrekturen sind nach Auffassung der Delegierten bei der Inklusion notwendig. Nicht wenige behinderte Schülerinnen und Schüler erhalten bei einem inklusiven Unterricht nicht die für sie unerlässliche spezifische Unterstützung und Förderung – ein bedrückender und alarmierender Sachverhalt gleichermaßen. Die Vertreterversammlung mahnt als unantastbares Grundprinzip ausdrücklich an, dass oberste Priorität bei allen Maßnahmen das Kindeswohl sein muss – so, wie es auch die UN-Konvention verlangt. Dafür ist es unerlässlich, dass neben einer inklusiven Beschulung zumindest auch wieder die uneingeschränkte Betreuung in Förderschulen vorgesehen wird.

Eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine leistungsfähige Schule ist zudem – neben den vorgenannten Maßnahmen - eine gute Unterrichtsversorgung, denn das Unterrichtsfehl gefährdet, wie derzeit deutlich wird, die Erfüllung des Bildungsauftrages aller Schulformen und wirkt sich nachteilig auf Schülerinnen und Schüler aus. Die Delegierten erwarten daher, dass die von SPD und CDU gemachten Zusagen, die Unterrichtsversorgung sicherzustellen, eingehalten werden. Mit Nachdruck unterstreicht die Vertreterversammlung, dass es dazu Arbeitszeiterhöhungen zu Lasten der Lehrkräfte nicht geben darf.

Die Delegierten erwarten zudem von der neuen Landesregierung, dass die längst überfällige Umsetzung der für alle Beamten gesetzlich vorgeschriebenen 40-Stunden-Woche auch für alle Lehrkräfte ganz vorn auf der Tagesordnung der neuen Koalition steht. Auf diesem Feld ist die bisherige Landesregierung bisher gänzlich untätig geblieben und hat sich – gegen alle Rechtsvorschriften - um ihre Verantwortung gedrückt. Bei der rechtlich erforderlichen Senkung der Lehrerarbeitszeit ist es unerlässlich, dass vorrangig die Pflichtstundenzahl der Lehrerguppe gesenkt wird, die ausweislich aller Untersuchungen die höchste Arbeitszeit hat. Daher ist eine umgehende Senkung zunächst der Pflichtstundenzahl der Gymnasiallehrer als der Lehrerguppe mit der bei weitem höchsten Arbeitszeit sachgerecht und dringend erforderlich.

In diesem Zusammenhang fordert die Vertreterversammlung auch die Wiedereinführung der von der bisherigen Landesregierung wortbrüchig gestrichenen Altersermäßigung. Insgesamt sind bessere Arbeitsbedingungen für die Lehrkräfte dringend erforderlich, wenn der Lehrerberuf gegenüber der Wirtschaft wieder konkurrenzfähig werden und junge Menschen für diesen Beruf gewonnen werden sollen.